

17.10.97

In

Gesetzesbeschluß
des Deutschen Bundestages

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Gesetz)

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 198. Sitzung am 10. Oktober 1997 aufgrund der Beschlußempfehlung und des Berichts des Innenausschusses - Drucksache 13/8731 - den von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Gesetz)
- Drucksache 13/7391 -

unverändert angenommen.

Fristablauf: 07.11.97

Erster Durchgang: Drs. 957/96

07.11.97

Beschluß

des Bundesrates

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Gesetz)

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz gemäß Artikel 74 Abs. 2, Artikel 84 Abs. 1 und Artikel 104 a Abs. 5 Satz 2 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Begründung:

Das Gesetz bedarf nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, da es z.B. in Artikel 2 in § 2 Abs. 1, 2, 4 Satz 2, § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 5 Verwaltungszuständigkeiten und das Verwaltungsverfahren der Länder regelt und weil das Übereinkommen auch Regelungen des Verwaltungsverfahrens der Landeskriminalämter bei der Verarbeitung personenbezogener Daten enthält.

Der Bundesrat vermag der von der Bundesregierung vertretenen Ansicht, Artikel 84 Abs. 1 GG sei in den Fällen, in denen Gesetze nach Artikel 73 Nr. 10 GG zustandekommen, präkludiert, nicht zu folgen. Er hält an seiner bereits zum Entwurf des Bundeskriminalamtgesetzes - BR-Drs. 94/95 (Beschluß) - vertretenen Rechtsauffassung fest.

Wegen der haftungsrechtlichen Vorschriften ergibt sich die Zustimmungsbedürftigkeit aus Artikel 74 Abs. 2 und Artikel 104 a Abs. 5 Satz 2 GG.

Der Bundesrat hat in seiner 718. Sitzung am 7. November 1997 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. Oktober 1997 verabschiedeten Gesetz zuzustimmen.

Der Bundesrat hat ferner folgende

Entschließung

gefaßt:

Der Bundesrat begrüßt, daß durch die Zustimmung zu dem Europol-Übereinkommen die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt wird. Er betont das Interesse an einem zügigen Inkrafttreten des Gesetzes.

Gleichwohl besteht Sorge, ob die Interessen der Länder der Bundesrepublik Deutschland in den Europol-Gremien angemessen berücksichtigt werden. Das gilt gleichermaßen für die gemeinsame Kontrollinstanz nach Artikel 24 und den Verwaltungsrat nach Artikel 28 des Übereinkommens. Die Vertretung in diesen Gremien ist in Artikel 2 §§ 6 und 7 des Gesetzes übereinstimmend in der Weise geregelt, daß ein Vertreter des Bundes für die Bundesrepublik Deutschland das Stimmrecht ausübt; sind Interessen der Länder berührt, berücksichtigt er die Stellungnahme des Vertreters der Länder.

Die Kompetenzen der gemeinsamen Kontrollinstanz nach Artikel 24 des Übereinkommens erstrecken sich nach Auffassung des Bundesrates nicht auf die Prüfung, ob innerstaatliches Recht verletzt worden ist. Gleichwohl ist im Rahmen der Tätigkeit der gemeinsamen Kontrollinstanz die Überprüfung von Tatbeständen denkbar, bei denen - z.B. bei Eingaben nach Artikel 24 Abs. 4 des Übereinkommens im Zusammenhang mit der Erhebung oder Übermittlung personenbezogener Daten durch die Länder - sich die gemeinsame Kontrollinstanz schwerpunktmäßig mit der Rechtsanwendung durch die Länder befassen könnte.

Dabei ist folgendes zu beachten: Schon im Rahmen der Aufgabe der allgemeinen Überprüfung des Umgangs mit Daten bei Europol im Sinne von Artikel 24 Abs. 1, 3, 5 und 6 des Übereinkommens werden häufig Interessen der Länder im Schwerpunkt betroffen sein, etwa beim Austausch von Daten in laufenden Analyseprojekten oder bei der Übermittlung von Analyseergebnissen an die Länder, die von den jeweiligen Projekten betroffen sind. Bei der Tätigkeit des Beschwerdeausschusses im Sinne von Artikel 24 Abs. 4 und 7 i.V.m. Artikel 19 Abs. 7 wird es aus deutscher Sicht vor allem um den Umgang mit personenbezogenen Daten aus den Ländern gehen, deren Bürger unmittelbar betroffen sind. Weil in diesem Aussch der auf Vorschlag des Bundesrates in die gemeinsame Kontrollinstanz entsandte Ver-

treter nicht vertreten sein wird, ist dessen Mitwirkung im Rahmen der allgemeinen Kontrollaufgaben umso bedeutsamer.

Auch der Verwaltungsrat wird häufig über Angelegenheiten zu entscheiden haben, die im Schwerpunkt Länderinteressen betreffen. Dazu zählen aus dem umfangreichen Aufgabenkatalog des Artikels 28 Abs. 1 des Übereinkommens neben der Mitwirkung an der Erweiterung der Ziele von Europol (Artikel 28 Abs. 1 Nr. 1) etwa die Entscheidungen über die Zahl der Verbindungsbeamten (Artikel 28 Abs. 1 Nr. 3), die Errichtungsanordnungen (Artikel 28 Abs. 1 Nr. 7), den Haushalt und Stellenplan (Artikel 28 Abs. 1 Nr. 15) sowie Streitigkeiten über Entschädigungen im Rahmen der Haftung wegen unzulässiger oder unrichtiger Datenverarbeitung (Artikel 28 Abs. 1 Nr. 21).

In solchen Fällen entspricht es dem Grundgedanken von Artikel 23 Abs. 2 GG, § 5 Abs. 2 EUZBLG, die Länderinteressen in der Weise zu wahren, daß der auf Vorschlag des Bundesbeauftragten für den Datenschutz ernannte Vertreter in der gemeinsamen Kontrollinstanz bzw. der Vertreter des Bundes im Verwaltungsrat die Stellungnahme des vom Bundesrat vorgeschlagenen Vertreters maßgeblich zu berücksichtigen hat, wenn Interessen der Länder im Schwerpunkt betroffen sind.

Der Bundesrat geht davon aus, daß nach dem Grundsatz länderfreundlichen Verhaltens des Bundes bei Abstimmungen in den genannten Gremien in der vorstehend beschriebenen Weise verfahren wird.

Der Bundesrat geht ferner davon aus, daß die Länder Stellen bestimmen können, die befugt sind, unter nachrichtlicher Beteiligung der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes gemäß § 2 Abs. 4 des Gesetzes unmittelbar mit den deutschen Verbindungsbeamten bei Europol Daten auszutauschen. Dabei läßt sich der Bundesrat von der Erwartung leiten, daß Europol zur Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens in Deutschland umso mehr beitragen kann, je schneller und unmittelbarer der Informationsaustausch zwischen Europol und den Polizeien der Länder erfolgen kann, ohne die Bedeutung des Bundeskriminalamtes als nationale Stelle außer Acht zu lassen.